



Atomkraft ist kein Klimaschutz!

Anti-Atom Demo während der Wintertagung des Deutschen Atomforums in Berlin



VertreterInnen der Atomindustrie versammelten sich Anfang Februar in Berlin, um auf ihrer Wintertagung für die Atomkraft als eine vermeintlich sichere Technologie der Zukunft zu werben.

Verschiedene Initiativen aus Berlin und Potsdam riefen zum öffentlichen Protest dagegen auf: Atomkraft bietet keine sichere Zukunft! Auch im Zusammenhang mit Klimaschutz ist sie als untauglich und gefährlich einzuschätzen. Die zum zweiten Mal als Demonstration durchgeführten Proteste sind gut verlaufen. Etwa 200 Menschen demonstrierten gegen die Kugelrunde von Politik und Wirtschaft.

„Den Teufel nicht mit dem Beelzebub austreiben“

Beim Demozug wurden die Argumente pro Atomkraft widerlegt: Sven Hessman, IPPNW-Pressereferent, Christian Hausner von der

Initiative Lobby Control, Gert Rosenkranz von der Deutschen Umwelthilfe und weitere atomkritische Aktive aus verschiedenen Teilen Deutschlands unter anderem auch von der Bi Lüchow-Dannenberg wendeten sich gegen die Verdrehung von Tatsachen, Verbreitung von Halbwahrheiten



und daraus resultierenden Trugschlüssen. Atomkraft ist weder eine CO₂-freie Technik, noch bietet sie Vorteile in der Beschaffung von Brennstoffen, in der Preisgestaltung oder der Energiesicherheit. Zudem können wir nicht weiterhin Atommüll produzieren, ohne uns und unsere Nachkommen tödlichen Gefahren auszusetzen. Daniel Klein, Sprecher des Bündnisses sagte: „Man darf den Teufel nicht mit dem Beelzebub austreiben. Es hat sich in Industrie und

Energiewirtschaft in den vergangenen Jahren eine Kultur der Grünfärberei ausgebreitet. Der Gipfel solcher Irreführungen ist die Plakatkampagne des Deutschen Atomforums „Klimaschützer der Woche“. Hier werden Atomkraftwerke, in idyllischer Landschaft fotografiert, als CO₂-freie Technik gepriesen. Beim Abbau, Transport und der Aufbereitung von Uran werden jedoch große Mengen von klimaschädlichen Gasen freigesetzt. Sogar erdgasbetriebene Kraft-Wärme-Kopplung liegt in der Klimabilanz gleichauf, Wind- und Solarenergie sind ohnehin klimafreundlicher. Betrachtet man die unkontrollierbaren Gefahren

von Atommüll und das Unfallrisiko, kann von dem suggeriertem Umweltschutz keine Rede sein.“

Clement macht sich erneut für

Kernenergie stark

Es-Wirtschaftsminister Wolfgang Clement (SPD) hat sich auf der Tagung gegen eine Atomausstieg ausgesprochen. Wörtlich sagte er unter anderem: „Hierzulande ist bekanntlich für die Lagerung hochradioaktiven Abfalls der Salzstock Gorleben als der geeignete Ort befunden und seit 1978 erkundet worden. Die Gutachten besagen, dass der Salzstock seit mindestens 200 Millionen Jahren stabil und daher geologisch geeignet ist. Bei allen bisherigen Erkundigungen ist auch kein einziges Argument von Gewicht gegen die Geeignetheit von Gorleben gefunden worden... Deutschland hat damit die Möglichkeit, vermutlich als erstes Land der Welt die Entscheidungsfrage ... positiv beantworten zu können.“

Ein Beitrag des Atomforums fordert, Energieforschung ohne Scheuklappen zu betreiben. Doch die Atomlobby verschließt die Augen vor den Gefahren.

Zu einem nachhaltigeren, zukunftsfähigem Energiemix kann die Atomkraft keinen Beitrag leisten. Uran geht in ca. 60 Jahren zur Neige, früher als das Öl. Sein Abbau verseucht riesige Landstriche und Menschen. Der Betrieb von Atomkraftwerken ist nie sicher, wie auch die Beinahe-Gaus von Forsmark, Brunsbüttel und Krümmel zeigen. Und für das Problem der Endlagerung gibt es keine Lösung, sondern sie stellt ein undefinierbares großes Risiko für Tausende von Jahren dar.

Deshalb forderten die Demonstrierenden die sofortige Abschaltung aller Atomanlagen

AntiAtomForum Berlin

Inhalt

- S. 1 Atomkraft ist kein Klimaschutz!
- S. 2 Jahresversammlung von „Sortir du Nucleaire“ in Dijon
- S. 3 ASSE II – ein Beispiel für Gorleben
- S. 4 Kopfüber Uranmülltransport gestoppt!
- S. 5 Frühjahrskonferenz der Anti-Atom-Bewegung
- S. 6 Kinderkrebs um Atomkraftwerke
Verfassungsbeschwerde gegen Castor-Polizeikessel
- S. 7 Rechtswidrige Freiheitsentziehung von Rechtsanwälten
Klage gegen Datenspeicherung
- S. 8 Verschiedenes & Termine & Service

Stand der Dinge

In dieser Randspalte wird in kurzen Worten erklärt, in welchem Ausbaustadium sich die verschiedenen Anlagen befinden.

Faßlager

Die Einlagerung von schwach- und mittelaktivem Müll in Fassgebinden begann 1984. Ende der 80er Jahre wurden Fässer mit ungeklärtem Inhalt aus der belgischen Atomschmiede Mol entdeckt („Transnuklearskandal“). 1.296 Gebinde mussten wegen des Drucks der atomkritischen Öffentlichkeit aus Gorleben wieder entfernt werden. Entdeckt wurden darüberhinaus Korrosionsschäden und „Blähfässer“ (Gasentwicklung). Messberichte der Brennelementlagergesellschaft (BLG) belegten z.B. einen Anstieg der Radioaktivität bei sommerlichen Außentemperaturen, was die Gasbildung „anheizt“. Auf Druck der Fachgruppe Radioaktivität der BI musste das Umgebungsüberwachungssystem der BLG nachgebessert werden. Ende 1995 wurde genehmigt, das zulässige Radioaktivitätsinventar des Lagers um das 1000-Fache zu erhöhen. Hintergrund ist die Absicht, bitumierte radioaktive Abfälle aus der französischen WAA Cap de La Hague und mittelaktive Komponenten in Gorleben einzulagern.

CASTOR-Halle

Die Castor-Halle bietet Platz für 420 Behälter. Elftehalb Jahre konnte die Einlagerung von hochradioaktiven, abgebrannten Brennelementen verhindert werden. Am 25. April 1995 wurde der erste Castor (Cask for the storage of radioactive material) von 16.000 Polizisten gegen den Widerstand weiter Bevölkerungskreise nach Gorleben transportiert. Seit Ende Mai 1995 darf auch hochaktiver, verglaster Müll aus der Wiederaufarbeitung (in Form von Kokillen) eingelagert werden. Außerdem wurde die Kapazität von 1.500 t Müll auf 3.800 t erhöht, und das alles auf der gleichen Grundfläche. Ein erster Kokillentransport folgte am 8. Mai 1996. Diesmal traten 18.000 Beamte an, um den Transport durchzusetzen. Vorläufiger Höhepunkt war die Anlieferung eines „Sixpack“ (sechs Behälter zu einem Transportvorgang gebündelt) Anfang März 1997. Die Kosten für den Polizeieinsatz – 30.000 Beamte waren unterwegs – summieren sich auf 111 Mio. DM. Danach scheiterte ein weiterer Versuch über den Bahnhof Arendsee (Sachsen-Anhalt) am anhaltenden Widerstand. Dieser Umweg musste gewählt werden, weil eine Bahnbrücke bei Seerau/ Hitzacker sich für die

Jahresversammlung von „Sortir du Nucleaire“ in Dijon

Die Anreise machte ich 2 Tage früher über Bar le Duc, um die Leute im Widerstandshaus in Bure zu besuchen. Guillaume und Sebastien, die dort seit dem letzten Sommer wohnen, berichten mir, dass sie überfordert sind, Widerstandsarbeit + Bautätigkeiten zu organisieren. Es gibt immer noch die Schwierigkeit, dass die anderen Gruppen aus der Region ihre Treffen etc. nicht hier abhalten, weil der Ort zu abgelegen bzw. noch nicht mit dem Komfort ausgestattet ist, dass man sich auch im Winter ohne Probleme hier treffen könnte.

Man ist ein gutes Stück vorangekommen, die eigenen Vorstellungen von Leben und Arbeiten umzusetzen, es entstand im letzten Jahr eine große Schmiede- und Steinmetzwerkstatt in einer der Scheunen, über die ich staune. Doch der politische Druck von draußen ist deutlich zu spüren. Areva und Andra bestimmen die Politik, am Vortag meiner Ankunft in Bure kündigte die Vorsitzende der Areva in St. Dizier vor 500 Arbeitern an, es würden 100 neue Arbeitsplätze geschaffen. Auf der anderen Seite finden mehr oder weniger ungestört Probebohrungen rund um Bure statt, um den geeigneten Standort des zukünftigen Endlagers festzulegen.

Demgegenüber ist der Widerstand am bröckeln. Die nationale Vereinigung gegen Endlagerung von Atommüll hatte sich im Oktober aufgelöst, wegen der seit Jahren abnehmenden Mitgliederzahl, und Michel Marie entlassen, der bis dahin fulltime für die Infoarbeit und Gruppenvernetzung angestellt war. Er holt mich Samstag morgen 6 Uhr in Bure ab, wir lesen unterwegs noch 2 Leute aus seiner Gruppe in Chaumont auf. Sie alle erwarten eine Entscheidung für die Fortführung seiner Stelle in der ersten Arbeitsgruppe am Morgen, 9 Uhr: dechets nucleaire - Atommüll.

Vor dem Aufgang zum internationalen Jugendhotel werden schon die Fahnen des Reseau. Der „Koloss“ ist bestens organisiert. Einer der 10 Festangestellten aus Lyon erwartet uns mit den notwendigen Instruktionen zum Aufenthalt. Ca 150 VertreterInnen von etwa 70 fr. Antiatomgruppen werden erwartet. Ich bin als Representant der BI der einzige europäische Gast. Die großen Abstimmkarten in grün und rot werden verteilt, es muss wie immer reibungslos funktionieren, denn der Umfang der Anträge hat in diesem Jahr die 20 erreicht, die alle diskutiert werden wollen, zudem die Verabschiedung des Haushaltes 2007 (1 Million ?) und der Tätigkeitsbericht...und...und...und... das Netzwerk „Sortir du Nucleaire“ funktioniert wie ein Anti-Atomparlament!

Ich möchte im folgenden mehr zusammenfassend über die Anträge und Ergebnisse der Arbeitsgruppen berichten:

In der AG „Atommüll“ wurde die Notwendigkeit einer besseren nationalen Vernetzung (Infolisten?) der verschiedenen Müllproblematiken festgestellt. Das Wissen über Transporte, Uranabbau, Plutoniumwirtschaft, Endlagervorhaben etc. muss direkt für Aktionen und die gemeinsame Strategie genutzt werden können. Es wurde beschlossen, eine Arbeitsgruppe zu gründen (es meldeten sich an die 15 Leute), die regelmäßig in den 3monatl. Veröffentlichungen des Reseau eine Doppelseite über die Müllproblematik erarbeiten soll. Weitere Arbeitspunkte: Erarbeitung einer gemeinsamen Erklärung, Charta, zum Thema. Soll eine Vollzeitstelle weitergeführt werden, um die Arbeit schaffen zu können? Positive Nachricht in der AG: der Rückbau des Atommeilers Brennilis (Bretagne) wurde per Gerichtsbeschluss gestoppt wegen fehlender öffentlicher Anhörung und Missachtung der Umweltbestimmungen.

Es wurde festgestellt dass der Protest gegen die UF6

Transporte grenzüberschreitend funktioniert und weiterbetrieben werden soll.

Nachmittags im großen Sitzungssaal dann Aktivitätsbericht: der Widerstand des letzten Jahres konzentrierte sich vor allem auf Proteste gegen den Bau des EPR (Großdemo im März an fünf Orten mit 60000 TeilnehmerInnen), gegen die damit verbundene Hochspannungsleitung, öffentliche Stellungnahmen zum Anlass des Verkaufs eines EPR an Lybien, der Weiterverbreitung der Plutoniumtechnologie und zum Risiko des Atomwaffentransfers (der EPR wird mit MOX einer Mischung aus Natururan und Plutonium betrieben).

Die Anträge, die von den verschiedenen fr. Widerstandsgruppen an die Mitgliederversammlung gestellt wurden, waren eindeutig geprägt von der aktuellen Verschärfung der Atom-export-, und expansionspolitik Sarkozy's. Wie lässt sich auf europäischer Ebene Druck machen für eine Kehrwende in der Energiepolitik anlässlich der Ratspräsidentschaft Frankreichs in der zweiten Jahreshälfte 2008? Beschlossen wurde der Aufruf zu einer europäischen Großdemonstration, voraussichtlich Ende Juni, was noch intern genauer erarbeitet werden wird (in Brüssel?).



Mindestens 3 Anträge ergingen zu einer gemeinsamen Erklärung in Form einer Anklage gegen X wegen Zerstörung der Lebensbedingungen auf unserem Planeten.

Es wurde abgestimmt über Unterstützung der Ortsgruppen bei der Organisation von Demos, hier gegen ITER,

des weiteren über eine Ausdehnung der Kampagne „Ausstieg aus der Atomenergie in 5 oder 10 Jahren“, ein Szenario entworfen im letzten Jahr von einer Gruppe aus der Normandie. Es gab dort eine Infobroschüre, die mit den lokalen Politikern und Menschen vor Ort anhand konkreter Fallbeispiele einen Atomausstieg auf lokaler Ebene diskutieren ließ und wohl sehr gut angekommen ist.

Eine lange Debatte gab es über die Erweiterung der Charta des Reseau mit dem Passus „angesichts der Gefahr der Weiterverbreitung von Atomwaffen“ einer Gruppe aus Saintes, die sich in den vergangenen Jahren vor allem durch ihr hartes, unkooperatives Verhalten ausgezeichnet hat. Der Antrag wurde in eine Arbeitsgruppe verschoben, die die Änderung im nächsten Jahr allen unterzeichnenden (~800) Vereinen vorlegen soll, um dann 2009 darüber abzustimmen.

Ein Antrag zur Erstellung einer 4Seiten Info-Broschüre zum selben Thema (Atomwaffen) wurde verabschiedet.

2009 soll eine Großdemo gegen den Weiterbetrieb von Fessenheim (anlässlich einer Routineabschaltung) organisiert werden.

Abgestimmt wurde auch über einen Zusatz zu den "inneren Regeln des Reseau", Art.25: Unterstützung von gewaltfreien, aber illegalen Aktionen: Das Reseau darf nur dann als Organisator solcher Aktionen genannt werden, wenn es vorher explizit die Rolle angekündigt hat. Vorstandsmitglieder und Angestellte dürfen nicht direkt an diesen Aktionen teilnehmen. Das Prinzip der Gewaltfreiheit muss absolut respektiert werden. Die Pressemitteilungen können die Tatsache unterstreichen, dass man die Aktion unterstützt, aber nicht Organisator ist.

Das Reseau beteiligt sich anlässlich des Tschernobyl-Jahrestages an einem Marsch von London nach Genf (26.4.-16.6.), wo seit ca einem Jahr eine Dauermahnwache vor dem Sitz der WHO stattfindet.

Sonntag mittag dann noch die Wahl der neuen fünf Mitglieder des Vorstands + der StellvertreterInnen und uff, das komplette Programm ist durchgehechelt.

ASSE II - ein Beispiel für Gorleben

Im ehemaligen Salzbergwerk ASSE II bei Wolfenbüttel wurden von 1967 bis 1978 insgesamt 126 000 Fässer mit leicht- und mittelaktivem Atommüll eingelagert. Doch die versprochene Langzeit-Sicherheit, Atommüll muss für mindestens eine Million Jahre sicher gelagert werden, war schnell vorbei. Laugenzuflüsse, am Anfang geheim gehalten, lassen den Salzstock absaufen.

Als Gegenmaßnahme fiel den Betreibern nur die kontrollierte Flutung mit einer Salzlösung ein. Ein Verfahren, das das Bundesamt für Strahlenschutz als „grundsätzlich ungeeignet“ bezeichnete, als es um das ehemalige DDR Endlager Morsleben ging, das ebenfalls große Probleme verursacht. Nach neuesten Untersuchungen ist die Standsicherheit akut gefährdet: Eine ordnungsgemäße Schließung der Anlage nach Atomrecht sei zeitlich nicht mehr möglich. Der Zusammenbruch des Salzstocks wird nach Betreiberangaben ab dem Jahre 2014 erwartet. Andere Ideen, wie das Rückholen des Atommülls, können in dieser Zeit auch nicht mehr realisiert werden, erklärte der Betreiber. Außerdem ist bei einer Lagerung in Salz die Rückholung grundsätzlich problematisch, da das Salz sich bewegt und den Müll umschließt. Schon nach relativ kurzer Zeit rosten die Fässer und der Inhalt gelangt in die Umgebung. Die Bundesregierung und die Landesregierung von Niedersachsen versuchen die Havarie des Bergwerks zu vertuschen. So wurden die Gutachten zur Standsicherheit lange Zeit als geheim eingestuft und erst nach massiven Protesten freigegeben. Das Versuchsendlager Asse wurde lange Zeit von der Atommafia als Musterbeispiel für Gorleben hingestellt. Hier wurden viele Versuche zur Endlagerung gemacht, in den Versuchsberichten explizit auf Gorleben verwiesen. Darüber hinaus gibt es weitere Parallelen zu Gorleben: Beide Bergwerke wurden nicht nach Atomrecht geprüft, sondern nur nach Bergrecht. Jetzt wollen die Betreiber und Behörden sogar die Schließung nach Bergrecht durchführen – für ein atomrechtliches Verfahren würde einfach die Zeit fehlen. Auch der zweite Versuch eines Atommüll-

Was bei mir den größten Eindruck hinterlassen hat, war wohl der spürbare Druck, den die Politik der fr. Regierung und der Energieriesen EDF, Areva auf die Anti-Atom-Bewegung ausüben. Man kann natürlich feststellen, dass statistisch gesehen eine neue Ära der Atomanlagen zahlenmäßig nicht stattfinden wird, doch eine Werbung ist omnipräsent im Land: AKWs sind Umweltschoner dank ihrer CO₂-Neutralität. Zudem ist der Strom so extrem billig, dass sich z.B. die Finanzierung einer Solar-Heißwasseranlage für den Normalverbraucher nicht rechnet.

Eine starke deutsche Beteiligung an einer Großdemohalte ich für sehr wichtig, evtl. gekoppelt mit einer Kampagne gegen Siemens, die man überdenken könnte, angesichts von mindestens einem Drittel Beteiligung des Konzerns am Bau des EPR.

Peter Desoi

Die Asse bringt es an den Tag
Die Atommüll-Endlagerung ist gescheitert

Nach 40 Jahren Betrieb säuft das als Vorbild für Gorleben bezeichnete Atommüll-Endlager Asse II bei Wolfenbüttel ab. So schnell können eine Million Jahre versprochene Sicherheit vorbei sein.

Powerpoint:
Vortrag von **Heike Wiegel** (aufASSEn e.V.)
Peter Dickel (AG Schacht KONRAD)
Dipl.Ing. **Udo Dettmann** (ASS=Hörmörschlagwerk)

am **So. 2.3.08** um **19:00** Uhr
in den **Trebler Bauernstuben**

Atomanlagen abschalten – weltweit
Nur das ist sicher!

BI Umweltschutz
Lüchow-Dannenberg

© Umwelt-Büro 2003, Lüchow, Tel. 0514161616 www.BI.umweltschutz.de

Endlagers in Deutschland ist gescheitert: das Salzbergwerk Morsleben stürzt ein und muß durch Notmaßnahmen verfüllt werden. Auch hier gehen die Betreiber davon aus, dass das Bergwerk spätestens nach dem Einschluß absäuft.

Werden die Erfahrungen, die inzwischen mit zwei Endlagern in Deutschland vorliegen tatsächlich ausgewertet, kann es nur einen Schluß geben: Ein tiefes Loch zu budeln und darin den Müll wartungsfrei für eine Million Jahre unterzubringen geht nicht. Es hat ja nicht mal vierzig Jahre funktioniert. Und das obwohl die besten Fachleute daran gearbeitet haben. Auf den Erfahrungen von Morsleben und Asse gibt es nur den Schluss: Weder Gorleben noch der Schacht Konrad ist als radioaktives Endlager geeignet.

Gerhard Förster

Jugendcamp in der Bildungsstätte Bahnhof Göhrde vom 13-18 Mai 2007

Das Camp findet in den Hamburger Pfingstferien statt. Themenschwerpunkte bilden u.a. die Geschichte der Anti-Atom Bewegung, Globalisierung, Anti-Rassismus sowie Repression. Praktisch werden darüber hinaus Clowns Workshop, Blockade-Training, Großpuppenbau und T-Shirt Druck angeboten. Auch für ein umfangreiches Unterhaltungsprogramm ist gesorgt mit Filmvorführungen, Live-Musik (Klaus der Geiger, Früchte des Zorns usw.). Hauptzielgruppe sind Jugendliche und junge Erwachsene im Alter von 16 bis 27 Jahren aus Hamburg und umzu. Das Camp richtet sich an alle, die Lust haben sich aktiv an dessen Gestaltung einzubringen. Die Finanzierung des Camps setzt sich zusammen aus Zuschüssen vom Amt für Jugend, einem Teilnehmerbetrag von 5 Euro pro Tag sowie durch Spenden.

www.agfi.org

tonnenschwere Last der Behälter als nicht mehr tragfähig erwies. – Im März 2001 wurden die Transporte wieder aufgenommen, jetzt übernahm Rot-Grün das Kommando. Im November folgte im Schatten des 11. September ein weiterer Transport. Die Kosten für die Bewachung sind immer noch ein Ärgernis, so dass seit November 2002 immer 12 Behälter angeliefert werden. Auf 420 Stellplätzen verlieren sich noch die 80 Castoren. Aber jeder Behälter, der in der zugehörigen Halle steht, zementiert Gorleben als Endlagerstandort.

Pilotkonditionierungsanlage (PKA)

In der PKA soll getestet werden, wie hochaktiver Müll endlagerfähig verpackt werden kann. Da ein Endlager in Gorleben jedoch fraglich ist und eine entsprechende Konditionierung zum gegenwärtigen Zeitpunkt wenig Sinn macht, soll die 800 Mio. DM teure Investitionsruine einem anderen Zweck zugeführt werden: als heiße Reparaturzelle für kaputte Castoren. Die 3. Teilgenehmigung für die umfunktionierte PKA ist Anfang Dezember 2000 erfolgt. Damit verzögerte sich deren Inbetriebnahme bereits um 5 Jahre. Für den Widerstand war das grüne Licht für die PKA jedoch der Elchtest für den Ausstiegswillen von Rot-Grün: Der heiße Betrieb wurde jedoch noch nicht aufgenommen.

Endlagerbergwerk

Die Eignung des Gorlebener Salzstocks, der ab dem Jahr 2030 als Endlager für alle Arten von Atommüll dienen soll, wird seit Jahren von namhaften Geologen bestritten: 1987 krachte ein Schacht beinahe in sich zusammen, permanente Wassereinträge beim Abteufen begleiteten den Ausbau des Endlagers, der getarnt als „Erkundungsbergwerk“ bisher nach Bergrecht und unter Ausschluss der Öffentlichkeit vorangetrieben wurde. Lediglich der in seinen Salzrechten tangierte Atomkraftgegner Andreas Graf von Bernstorff konnte von seinem Klagerecht Gebrauch machen. Inzwischen ist mit der Salinas Salz GmbH ein wirtschaftlich ernstzunehmender Gegenspieler für die Endlagerbauer auf dem Plan.

Schwarz-Rot will offenbar keinen Abbruch des Projekts: Das Moratorium auf der Baustelle, das seit Oktober 2000 zur Unterbrechung der Bauarbeiten führte, wird nicht mit den planetarischen Mängeln und den katastrophalen geologischen Befunden begründet. So ist zu befürchten, dass die Gorleben-Karte bei einer weiteren Endlagersuche wieder untergemischt wird.

Kopfüber Uranmülltransport gestoppt !

Das neue Jahr hat für den Gronauer Urananreicherer Urenco nicht gut begonnen. Eigentlich sollte bereits im Oktober 2007 die erste Ausbaustufe für die Urananreicherungsanlage UAG II in Betrieb gehen. Doch dieser Termin verzögert sich anscheinend um 6 Monate bis ins Frühjahr. Die UAG II soll die 2005 genehmigte Erweiterung der UAA von 1800 t auf 4500 t Urantrennarbeit pro Jahr aufnehmen.

Anfang Januar tat sich ein weiteres unerwartetes Problem auf: Schon am 9. Januar sollte der erste Transport für 2008 losgehen. Doch daraus wurde nichts, weil das Transportschiff MV Doggersbank offensichtlich angeschlagen war. Das Schiff wurde von der niederländischen Reederei Wagenborg in den Heimathafen Delfzijl zurückbeordert und sogar von der Firmenwebseite gelöscht (www.wagenborg.com).

Eine Woche später, am 16. Januar, dann der zweite Versuch: Alles schien diesmal nach Plan zu laufen und kaum war der Polizeihubschrauber in Gronau eingetroffen, setzte sich der 410 m lange Uranzug mit 75 Fässern à 12,5 t abgereichertem UF6 in Bewegung. Doch nach gut 20 Minuten ging gar nix mehr.

Interviews vom Hochseil. Nach 6 Stunden wurde sie schließlich auf den Boden zurückgeholt, nach einer weiteren Stunde konnte der Uranmüllzug weiterfahren. Cécile wurde zur Bundespolizei nach Münster gebracht, ihre Ausrüstung und ihr Handy beschlagnahmt und dann wieder freigelassen, nachdem man ihr einen längeren Paragraphenkatalog und Zivilklagen in Aussicht gestellt hatte.

Zeitgleich fanden auch Burgsteinfurt, Altenberge, Münster, Greven, Hengelo und Almelo Mahnwachen an der Bahnstrecke statt. Mittlerweile hat die Polizei gegen mindestens einen Atomkraftgegner aus Altenberge ein Ermittlungsverfahren wegen Verdacht auf Verstoß gegen das Versammlungsgesetz eingeleitet.

Probleme mit Urantransport auch in Rotterdam und St. Petersburg

Am nächsten und übernächsten Tag berichtete die Presse ausführlich über die Protestaktion. Interessanterweise stellte der Sprecher der Bundespolizei selbst den politischen Bezug her.

Doch auch in Russland gab es Probleme: Als die MV Schouwenbank am 23. Januar in St. Petersburg eintraf, musste sie geschlagene fünf Tage VOR dem Hafen auf Reede liegen bleiben, bevor sie ihre radioaktive Fracht entladen durfte. Unterdessen hatten mehrere Umweltgruppen im Zentrum von St. Petersburg bereits erfolgreich eine viel beachtete Kundgebung gegen den Uranmüllimport aus Westeuropa veranstaltet.

Die AktivistInnen behielten auch den St. Petersburger Verladebahnhof für Urantransporte, Kapitoloovo im Auge. Dort tauchten am 30. Januar 20 Uranfässer auf. Als die AktivistInnen die Radioaktivität messen wollten, wurden sie sofort von Mitarbeitern der staatlichen Atomtransportfirma Isotop und von der Miliz festgenommen (aber nach einer Stunde wieder freigelassen). Die Uranfässer stammten allerdings nicht von Urenco, sondern von AREVA aus Frankreich.

Die UF6-Fässer von Urenco lagen zu dem Zeitpunkt noch immer im Hafen von St. Petersburg. Angesichts der hohen Öffentlichkeit wurden sie diesmal nicht wie üblich per LKW zum Verladebahnhof gebracht, sondern anscheinend zum ersten Mal direkt per Zug vom Hafen Richtung Novouralsk bei Jekaterinburg abtransportiert.

Wie geht's weiter?

Urenco möchte 2008 noch soviel abgereicherten Uranmüll wie möglich von Gronau nach Russland schicken, bevor die russische Atomenergiebehörde mit ihrer Ankündigung ernst macht, den Import von abgereichertem UF6 aus Westeuropa einzustellen. Genehmigt sind für dieses Jahr der Abtransport von 8000 t allein aus Gronau. Das sind insgesamt 8 Züge. Zum Vergleich: Bis Ende 2007 transportierte die Urenco von Gronau seit 1996 rund 23 000 t abgereichertes UF6 nach Russland.

Sicher ist jedenfalls, dass der Urenco die Ausstiegspläne der russischen Regierung aus dem für Urenco lukrativen Uranmülldeal sehr ungelegen kommen. Denn der massive Ausbau der UAAs in Gronau und im benachbarten Almelo wird die Müllproduktion drastisch verschärfen. Lagert der Müll aber auf unabsehbare Zeit vor Ort auf dem Werks Gelände, wird die Urenco schnell ihr bisher so liebevoll gepflegtes ethisches, abfallfreies Saubermannimage verlieren. Das ist für den Weltmarktführer in Sachen Urananreicherung keine verlockende Perspektive.

Auch deshalb ist die derzeitige Expansion auf den französischen und US-Markt für die Urenco von strategischer Bedeutung. Und deshalb ist die weitere internationale Vernetzung des Uranwiderstands ebenfalls von entscheidender Bedeutung für die Anti-Atom-Bewegung.

Matthias Eickhoff

Weitere Infos:
www.urantransport.de
www.aku-gronau.de
www.sofa-ms.de
www.contratom.de



Der Grund: Die französische Umweltaktivistin Cécile Lecomte hatte sich in gut 7 m Höhe über der Bahnstrecke zwischen Metelen und Burgsteinfurt zwischen zwei Bäume gehängt. Nachdem der Polizeihubschrauber Cécile entdeckt hatte, düstern die begleitenden Bundespolizisten heran und sperren die Strecke.

Schließlich wurde von der Bundespolizeizentrale in St. Augustin speziell ausgebildete Kletterer nach Münster geflogen und dann nach Burgsteinfurt gebracht. Auch das THW rückte an und ein spezieller Werkstattwagen der Bahn, um den Wald hell auszuleuchten. Dort hatten sich inzwischen zahlreiche JournalistInnen versammelt, um über die außergewöhnliche Protestaktion zu berichten. Währenddessen hielt sich Cécile mit akrobatischen Turnübungen in der Luft warm, sang munter vor sich hin und gab

Im WDR kündigte er an, dass mit dem anstehenden Ausbau der UAA Gronau in Zukunft verstärkt mit Urantransporten zu rechnen sei und man müsse sich wohl nun auch auf entsprechende Aktionen einstellen. Die Urenco selbst verfasste eine dürre Pressemitteilung, die sie aber interessierten Redaktionen nicht etwa zufaxte, sondern nur am Telefon vorlesen wollte.

Wie nervös die Urenco geworden war, konnte mensch am 18. Januar in Rotterdam beim Verladen der UF6-Fässer auf die MV Schouwenbank feststellen. Greenpeace fuhr mit einem eigenen Schiff zu dem Uranship, an Bord eine Journalistin der BBC, die zuvor auch schon aus Gronau berichtet hatte. Kaum bog das Schiff um die Ecke, wurde die Verladung sofort gestoppt. Erst nach zwei Stunden wurden die letzten Fässer an Bord gehievt.

Frühjahrskonferenz der Anti-Atom-Bewegung

Aktionswochenende in Ahaus 1.-4. Mai 2008

Die BI „Kein Atommüll in Ahaus“, der AKU Gronau und das Aktionsbündnis Münsterland gegen Atomanlagen laden vom 1.- 4. Mai 2008 in Ahaus zur Frühjahrskonferenz der Anti-Atomkraft-Bewegung und zum Aktionswochenende mit Camp ein. Wir möchten ein breites Spektrum von in- und ausländischen Anti-Atom-Bewegten und Umweltverbänden ansprechen, um den Stand der Anti-Atom-Arbeit zu beleuchten und Perspektiven für die zukünftige Arbeit zu diskutieren.

Ziel ist es, den sofortigen Atomausstieg als drängende politische Forderung wieder offensiv in der Öffentlichkeit zu verankern! Seit 2005 wurde kein AKW mehr abgeschaltet – deshalb brauchen wir mehr politischen Druck, um die Atomkonzerne und -parteien in ihre Schranken zu verweisen. Dabei wollen wir uns von dem Schwung leiten lassen, den uns die Ausrichtung der Internationalen Urankonferenz in Dortmund letzten September gebracht hat.

Unser Konzept (Stand 8.2.08):

1. Das Aktionswochenende soll am 1. Mai mit einer Demonstration und anschließendem Maifest am Zwischenlager in Ahaus beginnen und am 4. Mai mit dem traditionellen Sonntags-spaziergang an der Urananreicherungsanlage Gronau schließen. Diese Termine finden ohnehin statt und wir wollen durch diese Verknüpfung den Bogen vom Beginn der Atomspirale in Deutschland bis zur ungeklärten Atommüllentsorgung schlagen.

2. Die eigentliche Frühjahrskonferenz soll vom 2.-4. Mai in Ahaus stattfinden (Freitagmittag bis Sonntagmittag).

3. Durch die Ausrichtung eines begleitenden Camps vom 1.-4. Mai auf der BI-Wiese in Ahaus wollen wir gerade auch jüngere und eher aktionsorientierte Einzelpersonen/Gruppen ansprechen, die sich nicht unbedingt zur „klassischen“ Anti-Atom-Bewegung zählen, bei größeren Ereignissen wie Gorleben-Castoren und Urantransporten aber gerne kommen. Es gibt bereits eine Camp-Gruppe und Vokü. Die BI-Wiese bietet zudem viel Raum für gegenseitiges Kennenlernen, Konzerte, Spaß und Aktionen. Die Anti-Atom-Bewegung soll als eine offene Bewegung erlebbar sein, bei der es einfach Spaß macht, mitzumischen.

4. Uns ist eine breite Konferenzbeteiligung sehr wichtig: Das heißt konkret, dass wir – gestützt auf eine (hoffentlich) große Beteiligung aus der Region – ausdrücklich Initiativen aus allen Teilen des Landes zur Teilnahme motivieren wollen. Wir brauchen Initiativen von Brunsbüttel/Brokdorf bis Gundremmingen, von Greifswald bis Freiburg und von Dresden bis Trier, um als bundesweite Bewegung wieder stärker sichtbar zu werden. Für den Erfolg der Konferenz halten wir eine aktive Beteiligung der Umweltverbände und von Initiativen aus anderen sozialen und politischen Bewegungen für wünschenswert.

5. Wichtig ist für uns auch ein internationaler Schwerpunkt – ohne internationale

Kooperationen werden wir den Kampf gegen die Atomindustrie nicht gewinnen. Durch die grenznahe Lage werden wir deshalb intensiv unsere FreundInnen in den Niederlanden ansprechen. Wichtig ist uns aber auch eine starke Beteiligung von Anti-Atom-Bewegten aus Frankreich, Großbritannien, Skandinavien, Russland und Osteuropa, wo derzeit neue AKWs im Gespräch sind (viele davon unter deutscher Beteiligung).

Konferenz-Schwerpunkte:

Wir möchten eine thematisch breitgestreute Konferenz anbieten, welche viel Platz zur Diskussion und zur Ausarbeitung neuer Perspektiven/Aktionen/Kooperationen bietet. Folgende Themen halten wir für sehr wichtig:

1. Sofortiger Atomausstieg: Wie machen wir dem sofortigen Atomausstieg Dampf? Trotz des schweren Störfalls in Krümmel und der Kinderkrebsstudie ist der Atomausstieg nicht näher gerückt. Um Krümmel, Biblis, Brunsbüttel und Neckarwestheim wird hart gefightet, denn die Atommafia verteidigt jedes AKW mit enormem Aufwand. Dafür brauchen wir Gegenstrategien.

2. Endlager: Wie verhindern wir die Inbetriebnahme des Schacht Konrads? Wie weiter mit dem Widerstand an der Asse? Wie kann der starke Widerstand vor Ort über die Region hinaus transportiert werden? Was sind die aktuellen Perspektiven für Gorleben? Wie verknüpfen wir den Widerstand an den zentralen Zwischenlagerstandorten Ahaus, Greifswald und Gorleben mit dem Widerstand gegen die Endlagerprojekte und die dezentralen Zwischenlager?

3. Atomtransporte: Welche Strategie entwickeln wir, um gegen die geplanten 15–30 Rücktransporte von La Hague nach Ahaus vorzugehen? Wie verknüpfen wir Ahaus und Gorleben in der Öffentlichkeit? Wie entwickeln wir die Kampagne weiter gegen die Urantransporte, z. B. durch Norddeutschland sowie von Frankreich nach Gronau und von Gronau in alle Welt?

4. Urananreicherung: In Gronau droht im Frühjahr die Inbetriebnahme der zweiten UAA durch die Urenco. Wie setzen wir der international expandierenden Urenco wirksamen Widerstand entgegen? Wichtig sind auch konkrete Absprachen zum Europäischen Uran-Aktionstag am 20. September 2008.

5. Atomkonzerne: In Hamburg und Berlin wurde am Beispiel Vattenfall gezeigt: Die Atomkonzerne sind verwundbar und können massenhaft KundInnen verlieren. Letztes Jahr wurde EON verstärkt mit Uranmülltransporten und AKW-Neubau in Osteuropa in Verbindung gebracht. Wie können wir diese Ansätze stärken, um die Atomkonzerne zu schwächen?

6. Internationale Vernetzung: Ob es um Uran(müll)transporte, Gorleben-Transporte oder den AKW-Neubau in Belene (Bulgarien), in Olkiluoto (Finnland) oder Flamanville (Frankreich) geht – ohne internationale Vernetzung bleibt der Widerstand wirkungslos. Die europäische Anti-Atom-Konferenz in Helsinki und die Internationale Urankonferenz in

Dortmund waren 2007 erfolgversprechende Ansätze. Wir möchten die internationale Zusammenarbeit in Ahaus weiter stärken.

7. Militärische Dimension: Am Thema Urananreicherung lässt sich die Verknüpfung von „ziviler“ und militärischer Nutzung der Atomenergie leicht demonstrieren. Zu diesem Thema wäre die stärkere Vernetzung mit Friedensinitiativen sehr wünschenswert.

Für weitere Themenvorschläge sind wir jederzeit offen (z. B. Uranabbau, Kinderkrebsstudie, Stromwechsel, Atom + Klimadebatte, Kriminalisierung/Repression, usw.).

Stand der Vorbereitungen:

Wir wissen, dies ist ein anspruchsvolles Programm und Vorhaben. Aber wir sind optimistisch, die Vorbereitungen bewältigen zu können, wenn wir dafür von außen solidarische Unterstützung erhalten. Die Internationale Urankonferenz hat gezeigt, dass sich der Aufwand lohnt und wir als Anti-Atom-Bewegung größere Konferenzen dringend wieder benötigen. Gemeinsam können wir bündnisfähige Perspektiven entwickeln, politisch Druck machen und offensiv in der Öffentlichkeit auftreten (s. Krümmel, Rheinsberg, Reposeafe, Urantransporte ...). Erfolg haben wir bei der Vorbereitung und Durchführung der Konferenz aber nur, wenn IHR uns bei der inhaltlichen Vorbereitung und bei der Mobilisierung in euren Zusammenhängen unterstützt. Je weiter sich die Idee streut, desto mehr können wir erreichen. Spenden sind sehr erwünscht (s. unten).

Für die sofortige Stilllegung aller Atomanlagen – weltweit !!!

Kontakt: BI Ahaus: mail@bi-ahaus.de, www.bi-ahaus.de, AKU Gronau: uaneee@web.de, www.aku-gronau.de, Aktionsbündnis Münsterland gegen Atomanlagen: atomstopp@citykom.net
Weitere Infos: www.sofa-ms.de, www.mega-waltrap.de, www.thtr-a.de, www.urantransport.de
Spendenkonto: BI „Kein Atommüll in Ahaus“, Sparkasse Westmünsterland, BLZ 401 545 30, Konto 59 564 021, Stichwort „Frühjahrskonferenz“

**Keine Laufzeitverlängerung,
keine Atommüllverschiebung
- Sofortiger Atomausstieg !**



Es gibt viel Arbeit - wichtige Gespräche,
Camp, Essen und gute Unterhaltung!

**Frühjahrskonferenz der
Anti-Atom-Bewegung
Ahaus 2.-4. Mai 2008**

1. Mai - traditionelles Maifest der BI-Ahaus
auf der BI-Wiese

Kinderkrebs um Atomkraftwerke

IPPNW: Dosisargument wissenschaftlich unhaltbar

Die atomkritische Ärzteorganisation IPPNW widerspricht der aktuellen Einschätzung der Bundesregierung zur sogenannten Kinderkrebsstudie (KiKK-Studie).

Laut Bundesregierung existiere kein Kausalzusammenhang zwischen einem Anstieg von Krankheiten in der Nähe von Atomkraftwerken und der Strahlenbelastung durch ein AKW. Das Hauptargument ist, dass die Strahlenbelastung der Bevölkerung durch den Betrieb der Kraftwerke in Deutschland um mindestens das 1.000-fache höher sein müsse, um den beobachteten Anstieg des Krebsrisikos erklären zu können.

Dem entgegnet die IPPNW-Vorsitzende Dr. Angelika Claußen: »Diese stereotyp vorgetragene Argumentation der Bundesregierung ist wissenschaftlich gesehen nicht haltbar. Die Strahlenbelastung der Bevölkerung in der Umgebung der Atomkraftwerke wird anhand von Modellrechnungen aus den Emissionsmessungen der AKW-Betreiber simuliert. In die Berechnung fließen u. a. Annahmen über die Windrichtung genauso mit ein wie Modellvorstellungen zur Verstoffwechslung radioaktiver Partikel im Körper. Die Unsicherheiten der Dosisbestimmung können damit mehrere Zehnerpotenzen betragen. Jüngste Forschungen

deuten außerdem daraufhin, dass die Wirkung inkorporierter Radionuklide bei ungeborenen Kindern gegenüber Erwachsenen viel ausgeprägter ist, als bisher angenommen. In jedem Fall lassen sich Annahmen über die Strahlenempfindlichkeit von Erwachsenen nicht einfach auf Schwangere und Kleinkinder übertragen.«

Die IPPNW weist außerdem daraufhin, dass es keine lückenlose Kontrolle der Betreiberangaben zu den Emissionen der Atomkraftwerke durch die Behörden gebe. Zum Beispiel wird in einem von der Landesregierung Schleswig-Holstein in Auftrag gegebenen strahlenbiologischen Gutachten von 2001 festgestellt, dass sich Kontaminationen im Umkreis des AKW Krümmel durch die angegebenen Emissionsmessungen der Betreiber nicht erklären lassen. Auch bei anderen deutschen Atomkraftwerken hat es in früheren Jahren offensichtlich immer wieder unkontrollierte Freisetzungen gegeben. Die bisher praktizierte Mess- und Kontrollpraxis der Betreiber und der Behörden gehört nach Meinung der IPPNW auf den Prüfstand.

Angelika Claußen: »Auch die Selbstverständlichkeit, mit der die Bundesregierung mit Annahmen zum Strahlenrisiko argumentiert, ist unseriös. Besonders vor dem Hintergrund, dass die Geschichte der Strahlenschutzgrenzwerte

eine Geschichte von Nachbesserungen ist. In der Vergangenheit haben Behörden das tatsächliche Strahlenrisiko oft unterschätzt - auf Kosten vieler Menschenleben. Aktuell versucht die Bundesregierung den jetzt signifikant nachgewiesenen Zusammenhang von Krebserkrankungsrisiko zur AKW-Nähe herunter zu spielen und zu verschleiern.«

Zudem werden die Ergebnisse der KiKK-Studie von der Baker-Studie ergänzt und bekräftigt. Bei der ebenfalls 2007 veröffentlichten Baker-Studie werteten amerikanische Biostatistiker in Form einer Meta-Analyse insgesamt 17 internationale Studien zum Thema Krebsrisiko rund um Kernkraftwerke aus. Auch hier wurde ein Zusammenhang zwischen dem Erkrankungsrisiko und der Nähe zu den Atomanlagen festgestellt.

Die IPPNW fordert deshalb angesichts der zunehmenden Indizien für einen Zusammenhang zwischen Atomkraft, Strahlung und Krebsentstehung endlich eine ergebnisoffene und öffentliche Fachdiskussion unter Einbeziehung aller vorliegender Befunde und mit Beteiligung auch der kritischen Wissenschaftler.

Sven Hessmann,
IPPNW Pressesprecher

Verfassungsbeschwerde gegen Castor-Polizeikessel

Kreistagsabgeordneter wehrt sich gegen Polizeimaßnahme

Ein Kreistagsabgeordneter aus Lüchow-Dannenberg, der bei einem Castortransport zusammen mit über 300 Atomkraftgegnern ohne Vorwarnung stundenlang von der Polizei eingekesselt wurde, hat Verfassungsbeschwerde in Karlsruhe erhoben.

Die Polizei kesselte am 10. November 2006 in Pudripp alle Anwesenden unterschiedslos ein, bevor sie eine Versammlungsauflösung aussprach,

der jedoch wegen des Kessels niemand mehr Folge leisten konnte. Anlass der Polizeimaßnahme war eine gegen 19.30 Uhr begonnene Straßenblockade von Landwirten mit 36 Traktoren, die sich gegen den zeitgleich in Frankreich startenden Transport von hochradioaktivem Atommüll nach Gorleben richtete.

Sowohl die Polizei, als auch viele Versammlungsteilnehmer, erschienen erst eine Stunde nach Beginn der Traktor-Blockade in dem Ort weit ab von der Castor-Bahntransportstrecke. Die Betroffenen nahmen einen Versammlungsaufruf zum „Traditionellen Abgrillen“ wahr. Auch der Kreistagsabgeordnete traf dort ein, wurde mit den anderen Versammlungsteilnehmern ohne Vorwarnung eingekesselt und durfte den Kessel erst um 1.00 Uhr Nachts nach erkennungsdienstlicher Behandlung verlassen.

„Derartiges Vorgehen ist nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichtes ein Verstoß gegen die Versammlungsfreiheit des Artikel 8 Grundgesetz“, erläutert die Hamburger Rechtsanwältin Ulrike Donat. „Die Polizei verlangte von allen nicht nur einen Identitätsnachweis

(Personalausweis), sondern tätigte zusätzlich digitale Videoaufnahmen. Alle Traktoren wurden von der Polizei beschlagnahmt, obwohl die Fahrer sofort wegfahren wollten. Dadurch dauerte die Straßensperre bis ca. 2 Uhr nachts. Gegen alle Anwesenden leitete die Polizei strafrechtliche Ermittlungsverfahren ein, obwohl sie Blockadeverantwortliche und "einfache" Versammlungsteilnehmer nicht auseinander halten konnte“, so Donat.

Wie viele andere hatte auch der Kreistagsabgeordnete gegen die Freiheitsentziehung und die erkennungsdienstliche Behandlung mittels Erfassung biometrischer Daten Klage erhoben. „Das Amtsgericht Dannenberg und Landgericht Lüneburg wiesen die Klage ab, ohne auch nur eine persönliche Anhörung durchzuführen. Sie hielten die Tatsache eines Ermittlungsverfahrens für eine ausreichende Begründung und setzten sich nur oberflächlich mit den Argumenten des Klägers auseinander“, fasst die Rechtsanwältin zusammen. Damit hat das Gericht nach Meinung der Rechtsanwältin Ulrike Donat das im Grundgesetz garantierte Recht auf effektiven Rechtsschutz verletzt. Zudem hält sie die Einleitung von Ermittlungsverfahren ohne konkrete Verdachtsmomente gegen die einzelne Person für Willkür.

(Die Verfassungsbeschwerde trägt das Aktenzeichen 2 BvR 76/08)
Francis Althoff



Castortransport: Rechtswidrige Freiheitsentziehung von Rechtsanwälten

Das Amtsgericht Dannenberg hat in einem Beschluss festgestellt, dass die polizeiliche Freiheitsentziehung von zwei Hamburger Rechtsanwälten bei einem Castortransport nach Gorleben rechtswidrig war. Die betroffenen Anwälte Thomas Hauswaldt und Martin Lemke hatten am 12. November 2006 im Rahmen eines anwaltlichen Notdienstes ihren Mandanten, die Demonstrations- und Blockadeteilnehmer waren, anwaltlichen Beistand geleistet.

Als der Atommüllzug den Dannenberger Verladebahnhof erreichte, ketteten sich einige Kilo-meter weiter in Langendorf Atomkraftgegner mitten auf der Straßentransportstrecke an eine Betonpyramide an. Die Anwälte begaben

sich mit weiteren Kollegen zum Blockadepunkt, um dort angeketteten Mandanten anwaltlichen Beistand zu leisten. Während die Polizei mit einem Schlagbohrhammer die Pyramide bearbeitete, wurden die benannten Anwälte mit der Begründung „gefahrenabwehrtechnische Inge-wahrsamnahme“ gegen 22.30 Uhr unter Ein-satz von Zwang von ihren Mandanten getrennt und zwanzig Minuten an einem Gefangenentransporter festgesetzt. Sie sollten in die Gefangenen-sammelstelle verbracht werden. Die Polizei behauptete vor Gericht, dieses Vorgehen sei lediglich als Vollziehung eines Platzverweises geschehen.

Nach Sichtung von Filmsequenzen, welche die Aussagen der Anwälte untermauern, hält Amts-richter Saffran in dem Beschluss fest: „Das Ver-

halten der Polizei wäre nur dann als bloße Vollziehung eines Platzverweises durch unmittelbaren Zwang bzw. Androhung desselben zu wer-ten gewesen, wenn der Betroffene lediglich hinter die vorhandene Absperrung einige Meter von der Betonpyramide geführt worden wäre. Dies war aber nicht der Fall“. Weiter heißt es in dem Beschluss, „mit der Begehung von Straftaten oder Ordnungswidrigkeiten seitens des Be-troffenen war nicht zu rechnen“.

Der Sprecher der Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow Dannenberg wertet den Beschluss „als Lichtblick im rechtlichen Dunkel um die regelmäßigen rechtlichen Beschneidungen tau-sender Atomkraftgegner bei Castortransporten“. Die betroffenen Anwälte Thomas Hauswaldt und Martin Lemke fassen zusammen: „Es ist bedauerlich, dass einmal wieder erst ein Ge-richt der Polizei erklären muss, dass sie gesetzeswidrig gehandelt hat. Gleichzeitig bedeu-tet diese Gerichtsentscheidung aber auch eine Bestätigung und Verstärkung der anwaltlichen Berufsrechte, insbesondere zum Schutz von Mandanten. Wir Anwälte werden auch künftig jeden Verstoß gegen unsere Berufsrechte ahn-den.“

Mit dem Vorfall ist derzeit noch ein weiteres Gerichtsverfahren besetzt. Vor dem Verwal-tungs-gericht Lüneburg haben die betroffenen Anwälte ein Verfahren zur Überprüfung der Rechtmäßigkeit des – neben der Freiheitsentziehung – weiteren polizeilichen Handelns ge-gen die Rechtsanwälte anhängig gemacht.

Aktenzeichen 39 XIV 58/06 L
Francis Althoff,
RA Thomas Hauswaldt ,
RA Martin Lemke



Castortransport: Klage gegen Datenspeicherung

Der Lüchow-Dannenberger Kreistagsabgeordnete Martin Donat hat vor dem Verwaltungsgericht Lüneburg gegen die Speicherung seiner persönlichen Daten in Polizeidateien bei einem Castortransport nach Gorleben Klage erhoben. Damit will er sich gegen die Feststellung seiner Personalien während einer rechtlich umstrittenen Polizeieinkesselung am 10. November 2006 bei einer Treckerblockade in Pudripp zur Wehr setzen.

Der Abgeordnete und stellvertretende Bürgermeister der betroffenen Gemeinde Zernien, durfte den nach nicht ordnungsgemäß aufgelöster Versammlung eingerichteten Polizeikessel erst nach Stunden und erkennungsdienstlicher Erfassung, auch durch digitale Videoaufnahmen, verlassen. In einem Klageverfahren vor dem Amtsgericht Dannenberg begründete die Polizei die Maßnahmen mit der Einleitung eines Ermittlungsverfahrens wegen Nötigung durch die Treckerblockade. Gegen über 300 Einkesselte

waren solche strafrechtlichen Ermittlungsverfahren eingeleitet worden, obwohl keinerlei Anhaltspunkte vorliegen, wie Unbeteiligte und Traktorfahrer auseinandergehalten werden können.

Nach Auffassung der Hamburger Anwältin Ulrike Donat veränderte die Polizei danach gesetzeswidrig den Zweck der Datenspeicherung. Nunmehr wird der Betroffene als "Gefährder" in präventivpolizeilichen Dateien geführt, nämlich im Auskunftssystem der Polizei Niedersachsen NIVADIS, und darüber hinaus in der Staatsschutzdatei APIS. Beide Dateien sind im Datenverbund mit allen Polizeibehörden des Bundes und der Länder vernetzt. BKA, Landes-kriminalämter und weitere Polizeibehörden können diese Daten abrufen. Bei jeder normalen Straßenkontrolle wird der Abgeordnete dadurch auffällig, obwohl der Strafvorwurf bis heute nicht belegt werden kann.

Außerdem hat die Sonderkommission "Er-mittlungsgruppe Castor" (EG Castor) offen-

sichtlich eine eigene Datenbank errichtet, in welcher der Kläger gespeichert ist, nämlich die Datei "Castortransporte - ISAS". „Die EG Castor ist bekannt für erfolglose Ermittlungen, aber auch für die Erfindung immer neuer Kriminalisierungsmethoden für Castorgegner, die in den allermeisten Fällen nur ihre Versammlungsfreiheit wahrnehmen oder ihre atomkritische Meinung äußern“, fasst Anwältin Donat zusammen.

Der Kläger verlangt die Löschung seiner Daten und Auskunft darüber, an welche weiteren Stellen seine Daten als "Gefährderdaten" übermittelt worden sind. Seit dem 1. Januar 2008 werden Daten von sogenannten "Gefährdern" europaweit an Polizeibehörden und Sicherheitsdienste übermittelt. „Niemand kann dann mehr kontrollieren, wer welche zu Recht oder zu Unrecht über ihn gespeicherten Daten verarbeitet“, beschreibt Ulrike Donat das Ausmaß der Datensammlung.

Francis Althoff,
RA Ulrike Donat ,Martin Donat

Februar/März und später ...

- 24.2. 15 Uhr, Feldbegehung / Demo Genmaisbau, Treff: Gasthaus Wiese, Gedelitz
 2.3. 19 Uhr, Veranstaltung „Die Asse bringt es an den Tag“ in Trebel „Bauernstuben“
 6.-9.3., Linke Medienakademie in Berlin, www.linke-medienakademie.de
 11.-14.3., 7. Int. Konf. Solarenergie in Architektur und Stadtplanung, www.eurosolar.org
 15.3., 12. Frankfurter Kolloquium Umwelt und Gesundheit, www.dugi-ev.de
 23.3., 14 Uhr Ostermarsch Kyritz-Ruppiner-Heide in Fretzdorf, www.freieheide.de
 24.3. 11 Uhr, Ostermarsch in Haldensleben, www.offeneheide.de
 29.3. 15 Uhr, Mitgliederversammlung der BI Lüchow-Dannenberg
 5./6.4., Wendländische Wolfstage Mützingen, www.pfotenundco.de/seiten/wolfstage.html
 6.4. 11 Uhr, BBU-Mitgliederversammlung in Hannover, www.bbu-online.de
 17.4. 10 Uhr, Prozess Amtsgericht Dannenberg, 9.30 Uhr Kundgebung v. d. Gericht
 20.4. 10 Uhr, ab Braunschweig Fahrradtour nach Morsleben, www.asse2.de
 26.4., Tschernobyl-Jahrestag
 1.5.-12.5., Kulturelle Landpartie, www.kulturelle-landpartie.de
 1.5., traditionelles Maifest der BI Ahaus, www.bi-ahaus.de
 2.-4.5., Anti-Atom-Frühjahrskonferenz in Ahaus, www.bi-ahaus.de, www.sofa-ms.de
 11.5. 10 Uhr, ab Braunschweig Fahrradtour zur Asse 2, www.asse2.de
 12.-16.5., Internationaler Kongress, www.planet-diversity.org
 13.5.-18.5., Camp Arbeitskreis SchauHin - Gohrde, www.agfj.org
 17.5., „Tag der Ideen“ in Ortenberg-Gelnhaar, www.tagderideen.de
 25.5. 10 Uhr, ab Braunschweig Fahrradtour zum Schacht Konrad, www.asse2.de
 27.-29.5., Jahrestagung Kerntechnik in Hamburg, Kongresszentrum, 26. abends
 Konzerte im Schanzenviertel mit dem MMKW, 27. morgens Pressekonferenz, 26./27.
 Dauermahnwache, 29. ab 8 Uhr Mahnwache Congresszentrum, www.kernenergie.de
 26.-29.6., Fusion Festival 2008, www.fusion-festival.de
 5.-12.7., Klimacamp in Großkrotzenburg bei Hanau, www.klimacamp.org
 12./13.7., Freeflow-Open-Air-Festival mit 6 Bands (Embryo) in Mützingen
 24.7.-3.8., Sommercamp 2008 in Gedelitz, www.wendlandcamp.de
 6.8., Hiroshima- und Nagasaki-Gedenktag

Wiederkehrende monatliche Termine

- Jeden Sonntag 14:00 Uhr, Gorlebener Gebet
 Jeden 1. Sonntag 14:00 Uhr, Gronau www.aku-gronau.de
 Jeden 3. Sonntag 14:00 Uhr, Sonntagsspaziergänge am Zwischenlager, BI-Ahaus
 Jeden 6. eines Monats ab 14.00 Uhr, Am Tor des AKW Brokdorf Mahnwache



Ich abonniere die Gorleben Rundschau

ab der nächsten Ausgabe.

- Bitte schickt mir jeweils ein Exemplar (EUR 15 pro Jahr)
 Bitte schickt mir jeweils 10 Exemplare (EUR 50 pro Jahr)
 Bitte schickt mir jeweils 100 Exemplare (EUR 120 pro Jahr)
 Ich erteile hiermit der Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg e.V. eine Einzugsermächtigung für mein Konto.

Konto-Nr.:

BLZ:

Geldinstitut:

Name:

Adresse:

Datum, Unterschrift

Ausschneiden und abschicken an: BI-Büro, Drawehner Str. 3, 29439 Lüchow,
 Konto der BI: KSK Lüchow, BLZ 258 501 10, Konto: 004 406 072 |
 Das Abo kann jederzeit zum Jahresende gekündigt werden.

Embryo - Live im Wendland Soli-CD für den Gorleben-Widerstand

Christian Burchard, Altmeister der Embryo-Generationen, wurde gefragt, ob er ein Solidaritätskonzert für den Widerstand gegen die Gorlebener Atomanlagen im Wendland geben würde - und sagte sofort zu. Das Konzert fand am 06.11.2005 im Cafe Grenzbereich in Platenlaase vor vollem Haus statt. Im umfangreichen Booklet kann man einiges dazu lesen, ebenso über die Arbeit der Bürgerinitiative. Embryo ist heute längst nicht mehr die Band, die 1969 gegründet wurde. Und doch klingt der alte Krautrock immer noch aus der psychedelischen Weltmusik. Neben Christian Burchard (Santour, vib, key, perc) gehörten am 06.11.2005 Lothar Stahl (dr, xyl), Jens Pollheide (Nai, fl, b), Valentin Altenberger (perc, b, g), David Drudis (Oud, g) und Mik Quantius (voc) zu Embryo. Letzterer bringt mit seiner tiefen Stimme und seinem einzigartigen Gesang Erinnerung an Captain Beefheart auf die Bühne.

Die rohen, vitalen Songs fließen auf stetem Rhythmus episch dahin. Während der Bass äußerst aktiv im Jazz unterwegs ist, partiell von der Gitarre begleitet, und Vibraphon und Xylophon neben dem Schlagzeug die Songs am Rotieren und Vibrieren halten, entwerfen Flöte, Keyboard, Nai, Oud und Gitarre das harmonische Geflecht, das Folklore-Motive in eigener Sprache wiedergibt. Auf dem Rockgroove, der in den ersten Songs noch dezent, dann stärker die Songs bestimmt, geht das improvisativ wirkende melodische Geschehen sehr gut auf. Mal finden die Songs Volumen, die Instrumente werden lauter, intensiver gespielt, die Harmonie ist dicht und farbig, und dann zerfließt die Struktur, dunkle Melancholie breitet sich aus, vom vielfältigen Rhythmusgeschehen weiter getragen, bis eines der Melodieinstrumente wieder intensiv einsteigt.

Witzig und schräg der Gesang Mik Quantius, der als extravagante Rockröhre gute Chancen hat, viel grandiose Eigenart beweist und selbstbewusst mit den Instrumenten blubbert, jault und schreit, lautmalersch und in den tiefsten Tönen wie den kratzigsten singt. Als sei er von Tom Waits, Damo Suzuki und Captain Beefheart gleichsam inspiriert.

Ein lebhaftes Konzert, wie aus den Tiefen der Geschichte gekramt. Kein Pop darin zu finden. Die Band geht ganz im Psychedelic-Worldmusic-Jazz-Rock auf. Kategorien haben es heute auch nicht mehr leicht. Da könnte Milt Jackson auf der Bühne stehen. Mit südeuropäischen und vorderasiatischen Musikern, die eben einen wirkungsreichen Joint geraucht haben und ihre Songs nicht beenden mögen und wollen. Wenn das Wort Zeitgeist passt, dann in der Spanne von 1954 bis 2007. Endloser Groove, der auf der CD grandios in diesem feinen Klang gut kommt.

Die CD ist für 10 Euro + 2 Euro Versandkosten im BI-Büro und unter presse@bi-luechow-dannenberg.de zu beziehen.

Volkmar Mantei, www.ragazzi.de, Website für erregende Musik

Impressum

Die Gorleben-Rundschau erscheint 10-12 mal jährlich und wird herausgegeben von der Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg e.V..

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers wieder.

Für Neuerungen, produktive Anregungen und LeserInnenbriefe sind wir immer ansprechbar. Es ist erwünscht, eigene Texte zum Thema Atomkraft, Gorleben und erneuerbare Energien einzubringen; sie werden gerne veröffentlicht, sofern sie in den Kontext der Ausgabe passen.

Redaktion: H. Eckert, W. Taubitz, F. Althoff

Bildmaterial: D. Metk, I+V Lowin, W. Taubitz, Umbruch Bildarchiv

Mitarbeit: AntiAtomForum Berlin, P. Desoi, G. Förster, www.agfj.org, M. Eickhoff, S. Hessmann, F. Althoff, R. A. Hauswaldt, R. A. Martin Lemke, R. A. U. Donat, M. Donat, V. Mantei

Auflage: 1500

BI Büro: Drawehner Str. 3, 29439 Lüchow

Fon: 05841/4684, Fax: 05841/3197,

buero@bi-luechow-dannenberg.de

www.bi-luechow-dannenberg.de

Öffnungszeiten: Mo, Mi, Fr, Sa 9 - 12 Uhr, Di + Do 15 - 18 Uhr